

Crailsheimer Rundschau

SPD

April 2017

D

CR SPD 2017



Liebe Crailsheimerinnen und Crailsheimer,

am 24. September haben Sie es wieder in der Hand, die Weichen für die nächsten vier Jahre Bundespolitik in der Bundesrepublik zu stellen.

Die SPD tritt mit Martin Schulz als ihrem Spitzenkandidaten für mehr Gerechtigkeit für alle Bürger*innen in unserem Land an. Viele Menschen äußern sehr wohl, dass es ihnen gut geht. Sie wollen natürlich, dass das auch so bleibt. Das wollen wir auch. Andererseits ist es leider auch Fakt, dass sich die Schere zwischen arm und reich nicht geschlossen hat, sondern wieder weiter auseinandergegangen ist.

Wir wollen deshalb als SPD auf dem aufbauen, was wir in den vergangenen vier Jahren trotz großer Widerstände unseres Koalitionspartners erreichen konnten: Die SPD hat den Mindestlohn eingeführt, wir haben den Missbrauch von Werkverträgen eingeschränkt. Die SPD hat das BAföG erhöht und

unsere Kommunen jährlich um Milliarden Euro entlastet. Wir haben eine gerechtere Familienpolitik auf den Weg gebracht, Elterngeld und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geregelt. Wir haben mit drei Pflegegesetzen die Pflege auf neue Füße gestellt. Diese Punkte waren alle Inhalt unseres Wahlprogrammes 2013 und wurden von uns in den Koalitionsvertrag hinein formuliert.

Es gibt aber noch genügend Punkte, die mit unserem derzeitigen Regierungspartner nicht umzusetzen sind. Das wollen wir nach dem 24. September unbedingt ändern, indem wir als stärkste Kraft in der Regierung unsere Themen setzen wollen. Und wir wollen und werden mit Martin Schulz den nächsten Bundeskanzler stellen.

Zum dritten Mal nach 2009 und 2013 bewerbe ich mich für den Wahlkreis Schwäbisch Hall/Hohenlohe um ein Mandat in Berlin. Ich möchte in Berlin weiter aktiv die Verkehrspolitik mitgestalten und die Mobilitätsangebote, gerade im ländlichen Raum, besser vernetzen. Dazu gehören auch moderne und barrierefreie Bahnhöfe und schnellere und modernere Züge. Es gilt den Ausbau der A6 bis zum Feuchtwanger Kreuz voranzutreiben. Deshalb bitte ich schon heute an dieser Stelle um Ihr Vertrauen und vor allem Ihre Stimmen für mich, wie auch für die SPD.

Annette Sawade

Ihre Annette Sawade, MdB

Grußwort des Ortsvorsitzenden

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in meinem Namen begrüße ich Sie als Ortsvereinsvorsitzender der SPD Crailsheim ganz herzlich beim Lesen unserer neuen „Crailsheimer Rundschau“.

Das Jahr 2017 ist ein entscheidendes Wahljahr. So findet am 24. September die Bundestagswahl, bei welcher die Weichen der Bundesrepublik für die nächsten vier Jahre gestellt werden. Hier wird entschieden, welche Abgeordnete den Wahlkreis Schwäbisch Hall / Hohenlohe auch künftig in Berlin vertreten werden.

Keine zwei Monate später findet am 12. November die Oberbürgermeisterwahl in Crailsheim statt. Bei dieser kommunalen Wahl werden die Weichen für die nächsten acht Jahre in der Crailsheimer Lokalpolitik und Stadtentwicklung gestellt.

Aktuell leben wir in einer schwierigen Phase. Menschen müssen sich dafür einsetzen, dass der Frieden erhalten bleibt. Die Europäer*innen haben nur dann eine Chance, wenn sie zusammenbleiben und gemeinsam kämpfen. Nur so können wir die vielfältigen Aufgaben der Zukunft bewältigen. Außerdem sollten wir immer an einem sozialen Ausgleich arbeiten.

Es grüßt Sie ganz herzlich,

Ihr Roland Klie



Jusos aktuell

von Kristine Jung-Popoviciu

Bei einem informativen Abend lud der Kreisverband der Jusos Schwäbisch Hall – Hohenlohe zum Frühjahrsempfang ein.

Gast war diesmal der 33-jährige Dr. Simon Bujanowski, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der SPD-Bezirksvertretung in Köln-Porz.

Bujanowski stellte sich vor und die Anwesenden diskutierten anschließend in einer kleiner Runde zum Thema „Jugend und Europa“. Im Endeffekt gibt es einige wenige und konkrete Lösungsansätze, um das Interesse von Jugendlichen an Politik zu wecken. Schlagartig ändern wird sich das Desinteresse gegenüber Politik vermutlich nicht. Das ist traurig, denn gerade uns betrifft die Zukunft und wir sollten die Chancen nutzen, in der Politik mitwirken zu können.

Frohe Kunde auch beim Stand von Neumitgliedern: Es gab einen SPD-Neuling, der sich durch die Kandidatur von Martin Schulz für die SPD entschieden hatte.



Traurig!

von Gernot Mitsch

Hinter verschlossenen Türen entschied sich der Crailsheimer Gemeinderat gegen den Kauf des Wasserturms. Nichtöffentliche Sitzungen müssen wegen des Datenschutzes wohl sein. Das muss einem nicht gefallen, ist aber aus rechtlichen Gründen so. Wie Abgeordnete entscheiden auch Gemeinderäte nach ihrem Gewissen.

Persönlich bedauere ich, dass der Wasser-

turm nicht von der Stadt gekauft wurde. Er wird sicherlich weiterhin als Wahrzeichen Verwendung finden und mit ihm kann weiterhin Werbung für die Stadt gemacht werden, schließlich steht er unter Denkmalschutz. Aber traurig ist das trotzdem.

Und wenn ich schon beim Trauern bin, traure ich auch der Schließung der Buchhandlung Baier nach und der Tatsache, dass die Stadt dieses Gebäude nicht ge-

kauft hat, um an dieser Stelle die Innenstadtentwicklung entscheiden zu können. Wir von der SPD-Fraktion haben uns das anders vorgestellt.

Traurig auch die Tatsache, dass der Versuch der Südwestpresse, das Stadtblatt kaputt zu machen, vorläufig funktioniert.

Traurig!
Aber noch lange nicht alles!

Wohnraum für Alle!

von Wolfgang Ansel

Es ist schon erstaunlich und erfreulich, wer sich zwischenzeitlich zumindest verbal intensiv um sozialen Wohnungsbau in Crailsheim kümmert. Offensichtlich war es doch der Mühe wert, dass die Crailsheimer SPD seit zwei Jahren immer wieder in diese Richtung bohrt und im Gemeinderat dafür streitet. Am 24. September 2015 beantragte die SPD-Fraktion im Gemeinderat das Thema „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Crailsheim“ auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu setzen.

Im Dezember 2015 kam dann eine halbherzige Entscheidung des Gemeinderats zu Stande. Entgegen dem ausdrücklichen Vorschlag der Verwaltung (Baubürgermeister Holl), die Stadt solle sich selbst als Bauherr für 30 Sozialwohnungen engagieren, lehnte die Mehrheit des Gemeinderats von CDU und AWW dies u.a. mit Hinweis auf die Zuständigkeit von Land und Bund ab. Übrig blieb die Idee einer Förderung privater Initiativen und der Ausbau von Wohnraum im Fliegerhorst durch die Stadt. Tatsächlich rea-isiert wurde davon bisher wenig. In vielen Kommunen ist dies anders. Dort engagieren sich die Städte bzw. städtische Wohnungsgesellschaften direkt als Bauherren von Sozialwohnungen.

Die Situation auf dem Markt für bezahlbaren Wohnraum hat sich also letztlich seit 2015 in Crailsheim nicht spürbar verbessert. Der Druck bleibt groß. Umso verwunderlicher, dass die Mehrheit im Gemeinderat die Chance zur Schaffung günstigen Wohnraums an der Willy-Brandt-Straße im Dezember 2016 kurzerhand verdadelte, dafür in 2017 im Haushaltsentwurf eingeplante Mittel strich und fast baureife Pläne bis auf weiteres ad acta legte.

Crailsheim ist eine dynamische und ökonomisch prosperierende Stadt. Das Sportleben blüht und das kulturelle Angebot ist vielfältig. Kleine Handwerker, aktive und innovative mittelständische Unternehmen und Weltkonzerne prägen die diversifizierte Wirtschaftsstruktur unserer Stadt. Die Infrastruktur ist gut aber nicht perfekt. Insbesondere im Bereich Schulen, Kindergärten und Straßen besteht noch beachtlicher Sanierungsbedarf. Und, als Krönung, wenn die wesentlichen Hausaufgaben erledigt sind, steht mittelfristig eine vernünftig dimensionierte Stadthalle auf dem Programm des Gemeinderats. Das alles werden wir in den nächsten fünf bis sieben Jahren schaffen, die Weichen sind bereits gestellt.

Was nachhaltig Sorgen bereitet, ist aber eben die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Gehobene Wohnungen, Eigen-

tumswohnungen und der Eigenheimbau entwickeln sich gut. Zahlreiche Neubaugebiete sind in der Kernstadt und den Stadtteilen in Planung bzw. schon in Umsetzung begriffen. In der Kernstadt wurde und wird an vielen Stellen dem Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung mit dem Bau zahlreicher Eigentumswohnungen Rechnung getragen. Was fehlt ist bezahlbarer Wohnraum für den kleinen Geldbeutel.

Und das ist nicht nur ein kleiner Makel, sondern sozialer Sprengstoff aller erster Güte. In fast allen Bereichen erleben die Menschen eine positive Entwicklung der Stadt, für einen beachtlichen Teil der Bürgerschaft aber fehlt es an einer existenziellen Voraussetzung für eine zufriedenstellende Lebensgestaltung: An bezahlbarem Wohnraum!

Die Instrumente zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues liegen auf dem Tisch. Das Landesförderprogramm 2017 steht seit dem 3. April 2017 zur Verfügung und entwickelt das Programm 2015/16 fort.

Mir ist es persönlich egal, ob die Schaffung von Sozialwohnungen durch Private oder die Stadt erfolgt. Entscheidend ist, dass endlich etwas passiert. Zielführend wäre, ohne ideologische Scheuklappen das gesamte Instrumentarium auch tatsächlich zum Einsatz zu bringen.



Wahlkampfauftakt in Crailsheim!

Natürlich wird auch die Crailsheimer SPD wieder den Bundestagswahlkampf von Partei und amtierender Abgeordneter Annette Sawade aktiv unterstützen.

Zum Auftakt freuen wir uns über einen gemeinsamen Auftritt der Landesvorsitzenden der SPD BW, Leni Breymaier und Annette Sawade!

Wann?

Montag, 17. Juli, 18:00 Uhr, Forum in den Arkaden.

Herzliche Einladung!



„Hilfe, ich brauche einen Arzt!“

von Helga Hartleitner

Das klingt nicht nur dramatisch – ist es auch. Wir müssen von Notstand reden. In Crailsheim und Satteldorf sind derzeit 19 niedergelassene Hausärzte tätig.

Ein Arzt in Crailsheim hört Ende des 1. Halbjahres altershalber auf. Von diesen 19 sind 14 älter als 61 Jahre; acht Ärzte sind 65 und älter.

Eine wirkliche prekäre Situation ist entstanden. Man könnte viele Beispiele aufzählen, von Patienten, die absolut verzweifelt auf der Suche sind; sie telefonieren sämtliche Praxen nacheinander ab. Erfolglos!

Hilfesuchende Menschen als Bittsteller: Fast alle Praxen haben einen vorläufigen Aufnahmestopp. Manche Ärzte können sich nur dadurch helfen, dass sie Wartelisten führen. Doch was tue ich auf einer Warteliste, wenn ich nur ein Medikament brauche? Richtig dramatisch wird es, wenn mich eine schwere Grippe heimsucht.

Nach der Bedarfsplanung vom Oktober 2016 der Kassenärztlichen Vereinigung (KVBW) weist der Mittelbereich Crailsheim einen aktuellen Versorgungsgrad von 106,5 % auf. Das hört sich zwar gut an, ist es aber in der Praxis nicht. Hier wird ein verzerrtes Bild gezeichnet.

Die Gesellschaft befindet sich ständig im Wandel, den Hausarzt von früher gibt es nur noch selten. Junge Mediziner*innen wollen zunehmend Gemeinschaftspraxen bilden, so sind Familie und Beruf auch besser zu vereinbaren.

Die Verantwortung ist groß, die Bürokratie enorm. Das finanzielle Risiko wird geteilt und die Arbeitsbelastung bleibt im Rahmen.

Klinikum und MVZ

Ein Teil der Abmilderung des Problems war die Gründung des MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum) des Landkreises Schwäbisch Hall, das am Crailsheimer Klinikum angegliedert ist. Natürlich muss am Konzept MVZ noch gearbeitet werden. Es läuft noch nicht optimal. Doch die positive Entwicklung des Klinikums insgesamt sorgt für günstige Perspektiven. Der Landkreis erfüllt damit seinen Versorgungsauftrag in vorbildlicher Weise. Persönlich sehe ich das als eine Pflichtaufgabe des Landkreises. Dieses Haus der Grund- und Regelversorgung ist ausgelastet, die Resonanz ist erfreulich. Angestrebt wird, Schlaganfallpatienten im Klinikum Crailsheim behandeln zu können, denn hier zählt jede Minute.

Doch die Versorgung der Menschen ist teuer. Mehr als die Hälfte der Krankenhäuser im Land schreibt rote Zahlen. Unterfinanzierung! Es läuft etwas falsch, wenn ein Krankenhaus, das voll belegt ist, nicht von den Einnahmen leben kann! Da liegt ein Fehler schon im System! Wohin mit den kranken Menschen? Es müssen Lösungen her!

Unsere Bundestagsabgeordneten sind gefordert, beispielsweise den „Landesbasisfallwert“ (Grundpreis für die Krankenhäuser) zu überarbeiten. Hier besteht dringender gesetzlicher Handlungsbedarf. Unsere Bundestagsabgeordnete Annette Sawade wird sich um die Belange des Klinikums mit Nachdruck kümmern.

Auszeichnung

Auch die Stadt Crailsheim ist eingestiegen. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Frauenklinik mit 300.000,- € zum Erhalt der Geburtshilfe zu fördern.

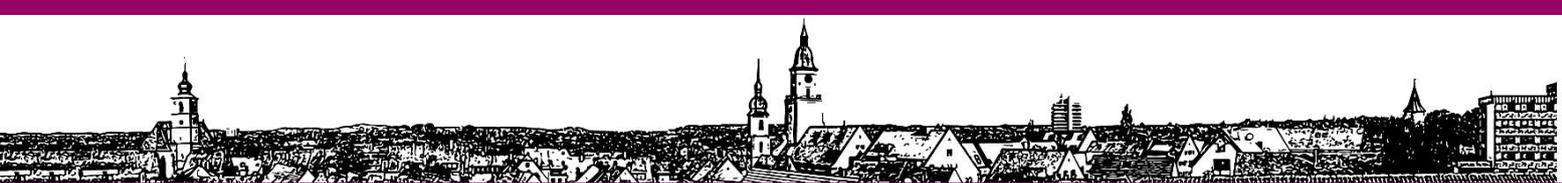
Die drohende Schließung des Kreiß-

saals wurde abgewendet. Und so gibt es wieder 500 „Crailsheimerle“ pro Jahr, verbunden mit der Auszeichnung als „Babyfreundliches Krankenhaus“. Gratulation zu dieser Auszeichnung durch WHO und UNICEF.

„IG Doc“ gegründet

Crailsheim strengt sich an. Soeben wurde die „Interessengemeinschaft Doc“ gebildet. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern der einladenden Stadtverwaltung, Vertretern der Ärzteschaft und Bürgermeister*innen der umliegenden Gemeinden. Hier geht es um gemeinsame Überlegungen zur Attraktivitätssteigerung des Berufs „Hausarzt*in“. Die Ärzt*innen sollen wieder nach Crailsheim gelockt werden. Ein Patentrezept gibt es nicht, z.B. gibt es funktionierende Ärztegenossenschaften – über alles muss nachgedacht werden. Einen Vorteil bringt bereits die Aufwertung des Klinikums durch die Einrichtung von Ausbildungsstellen für Ärzte. Das zähe Ringen geht um die Versorgung kranker Menschen in Crailsheim und dem Umland geht weiter!





Südwest Presse vs. Stadtblatt – eine unendliche Geschichte?

von Dennis Arendt

Da ist sie, der nächste Antrag auf eine Ordnungsgeldverfügung durch die Muttergesellschaft der Südwest Presse. Auch dieses Mal will die Neue Pressegesellschaft mit Sitz in Ulm die Berichterstattung im Crailsheimer Stadtblatt vehement einschränken.

Was darf ein kommunales Amtsblatt und was darf es nicht? Hierunter wird ein inzwischen wohl verbitterter Rechtsstreit zwischen den Parteien geführt, der zu keinem gütlichen Ende finden wird – eher noch: Der Bundesgerichtshof, wenn nicht sogar das Bundesverfassungsgericht werden sich mit dieser Thematik befassen müssen.

Doch was darf nun ein kommunales Amtsblatt – und was nicht?

Die Muttergesellschaft der Südwest Presse vertritt hier eine enge Auffassung: Berichterstattung über Inhalte, die die Gemeinde und ihr Wesen betreffen, sofern dies nicht „pressemäßig“ und in Kurzform berichtet wird.

Nicht verwunderlich ist es, dass die Verwaltung eine andere Auffassung vertritt:

So soll ein kommunales Amtsblatt nicht nur über Termine und Veranstaltungen berichten dürfen, sondern auch Image-

pflge und Berichterstattung durch das Blatt betreiben.

Zurück zum letzten Ordnungsgeldantrag:

Der Anwalt der Gegenseite möchte Meldungen des Standesamtes und zugehörige Bilder verbieten lassen. Ob hierdurch die „freie Presse“ geschädigt wird, ist unsererseits höchst zweifelhaft, gehört doch das Standeswesen zu einer ureigenen kommunalen Aufgabe.

Die Stadt Crailsheim führt gemeinsam mit den anderen vier Städten in Hohenlohe das Städteforum „Hohenlohe Plus“. Dieses soll sich für eine steigende Attraktivität und Vernetzung der Gesamtregion einsetzen. Auch hierüber soll das Stadtblatt nicht berichten dürfen.

Wie steht es um Städtepartnerschaften? Hier gesteht die Gegenseite zwar ein, dass diese zum Tagesgeschäft gehören, aber wenn Berichte von Austauschschülern geschrieben werden, werden diese als „Human-Interest-Story“ geschimpft und haben nichts im Stadtblatt zu suchen. Dies ist aus unserer Sicht ein Affront gegen all diejenigen Ehrenamtlichen, die sich im Namen der Stadt und in städtischer Aufgabe um Freundschaft und Völkerverständigung über die hiesigen Grenzen hinweg kümmern.

Bekanntmachungen von Landesbehörden oder dem Landkreis? Pustekuchen, das gehört nicht in das kom-

munale Amtsblatt, meint die SWP. Wir finden dagegen, im Wege der Amtshilfe darf eine Kommune auch andere für die Gemeinde wichtige Informationen an ihre Bürgerschaft herausgeben.

Wenn sich die Stadt dann auch noch für besseren Schienenverkehr im Rahmen einer Interessengemeinschaft engagiert, dann darf das nur mittels Kurzmitteilung geschehen und nicht per Berichterstattung – so die Gegenseite. Auch die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt bei städtischen Highlights wie Volksfest und Sichelhenket wird angemahnt – alles in allem wird überall versucht, die kommunale Öffentlichkeitsarbeit intensiv einzuschränken.

Wie das mit den Äußerungen des Hohenloher Tagblatts einhergehen soll, die Stadt möge sich angesichts schlechter Wahlbeteiligungen um mehr Teilhabe der Bürger*innen kümmern, bleibt schleierhaft und fraglich. Ebenso erscheint es verwerflich, dass die Tagespresse die laufenden Rechtsstreitigkeiten im lokalen Teil verschweigt.

Es bleibt also spannend, wie die Rechtsstreitigkeiten entschieden werden, und was ein kommunales Amtsblatt veröffentlichen darf. Wahre Gesprächsbereitschaft, die immer wieder durch die Blume angedeutet wird, zeigt die Neue Pressegesellschaft mit ihrem Ordnungsgeldantrag nicht. Die letzten Worte sind hier jedenfalls noch nicht geschrieben.

Rente und SPD – passt das?

von Roland Klie

Mehr und mehr Menschen in unserem Land machen sich Sorgen um ihre Rente. Weil sie befürchten müssen, dass sie zum Leben kaum reichen wird und das, obwohl sie jahrzehntelang gearbeitet haben. Die Rente muss ein Leben in Würde und einen Ruhestand ohne Existenzängste erlauben. Das Rentenniveau befindet sich jedoch im Sinkflug.

Laut der Deutsche Rentenversicherung hat sich das Netto-Rentenniveau vor Steuern von 1990 von 55 % auf das Jahr 2017 auf 48 % verringert und soll bis zum Jahr 2030 auf 43 % sinken. Deshalb wird ein Kurswechsel zur Stärkung der gesetzlichen Rente notwendig sein. Brauchte man im Jahr 2000 insgesamt 24,3 Entgeltpunkte für eine Rente auf

Grundsicherungsniveau, sind es heute 30,3 Punkte.

Die Tendenz: Steigend. Das bedeutet, dass man entsprechende Zahl an Jahren immer einen Durchschnittsverdienst gehabt haben muss.

Doch das wird in Zeiten zunehmender prekärer Arbeit, unfreiwilliger Teilzeitarbeit, von Befristungen, schlecht entlohnter Arbeit und damit auch immer wieder vorkommenden Unterbrechungen im Arbeitsleben immer schwerer zu erreichen sein.

Die Zahl der arm geltenden Menschen ist seit 2005 um knapp 50 % gestiegen, vor allem Rentner/innen sind davon betroffen.

Und die jungen Leute von heute werden betroffen sein. Von den niedrigen Renten sind vor allem Frauen betroffen.

Rentnerinnen in den ostdeutschen Bundesländern haben Aussicht auf eine durchschnittliche gesetzliche Rente von 755 Euro, in den westdeutschen Bundesländern gerade mal 512 Euro. Damit liegen die Renten von Frauen häufig unter dem Grundsicherungsniveau. Im Vergleich: Männliche Rentner in Ost- und Westdeutschland beziehen um die 1000 Euro Rente.

Wir brauchen ein geschlechtergerechtes und solidarisches Rentensystem.

Wenn das Rentenniveau weiter sinkt, werden sozialer Abstieg und Altersarmut folgen. Deshalb muss die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt werden. Das Ziel kann nur sein, die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus und eine langfristige Beibehaltung eines Rentenniveaus von 48 Prozent.



Goodbye, Rudolf!

von Georg Schlenvoigt



Der amtierende Oberbürgermeister der Stadt Crailsheim, Rudolf Michl hat bekanntgegeben, dass er nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung steht. Er wird deshalb im Januar 2018 aus seinem Amt scheidet. Seine Beweggründe sind persönlicher Natur und sollten, so wie sie vorgetragen wurden, auch akzeptiert werden.

Das kommunalpolitische Geschäft in Crailsheim war noch nie ganz einfach. Dazu beigetragen hat sicherlich auch die chronische Ebbe in der Stadtkasse. Der scheidende Finanzbürgermeister hat kürzlich in aller Öffentlichkeit beklagt, dass die in den kommenden Jahren geplanten Aktivitäten, die in einer Prioritätenliste vom Gemeinderat festgelegt sind, nicht finanzierbar sein werden. Es ist auch wenig hilfreich, dass die kommunalpolitische Berichterstattung in den Händen eines Presseorgans liegt, das sich mit der Stadt wegen des Stadtblatts in einem rechtlichen Clinch befindet. Die Ausgangssituation für eine erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit war insofern nicht besonders rosig.

Wir sind Rudolf Michl umso dankbarer, dass er sein Engagement und seine Arbeitskraft unserer Stadt gewidmet hat. In guter Kontinuität hat er die Arbeit seiner Vorgänger fortgeführt und dabei einen Schwerpunkt auf das kulturelle Geschehen in Crailsheim gelegt. Mit ihm konnte fortentwickelt werden, wie er es formuliert hat "alles, was Stadt braucht"!

Er hat unser Crailsheim weltoffen gehalten und war standhaft gegenüber allen reaktionären Bestrebungen. Er hinterlässt ein aufgeräumtes Rathaus, wofür wir ihm von Herzen dankbar sein können. Für seine Zeit im baldigen Ruhestand wünschen wir ihm alles erdenklich Gute.

Mitfahrerbänke für Crailsheim!

von Gernot Mitsch

„Mitfahrerbänke“ sind im Grunde eine einfache Sache. Es werden Bänke aufgestellt, auf denen Mitfahrwillige sitzen und auf Autofahrer warten, die bereit sind, sie mitzunehmen. Ziel ist es, mit diesen Bänken ein Netz mit vielen Mitfahrmöglichkeiten in verschiedene Richtungen zu schaffen. Um für viele Menschen, alte und junge, die Mobilität zu verbessern.

Nicht wenige wollen oder müssen von A nach B, aber das Angebot des Busverkehrs passt nicht zu den Bedürfnissen. Mit den „Mitfahrerbänken“ soll für diese Mitbürger*innen eine Verbesserung der Mobilität erreicht werden bzw. das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs ergänzt werden.

Der Aufwand scheint überschaubar. Die Suche nach geeigneten Plätzen für Bänke, auf denen ältere und junge Menschen auf Mitfahrmöglichkeiten warten, sollte nicht das große Problem sein. Vielleicht muss man bescheiden anfangen! Auf diesem Weg neue und zusätzliche Verbindungsmöglichkeiten zwischen Crailsheim und den Umlandgemeinden zu schaffen ist eine gute Idee, ein Stück gelebte Solidarität und eine pfiffige Idee für die Mobilität im ländlichen Raum! Wir von der SPD werden uns dafür einsetzen und hoffen auf viele Unterstützer!

Jusos unterstützen „Hundertprozent e.V.“

von Lemar Akbar

Eine Hilfsorganisation aus der Region für die Region unterstütze ich bereits seit dem letzten Jahr. Da es gerade in Zeiten wie diesen darum geht, gemeinsam gesellschaftliches Engagement zu bündeln, möchte ich Ihnen heute „Hundertprozent“ vorstellen.

Hundertprozent e.V. besteht in seinem Kern aus einem Kreis von Freunden, die ein gemeinsames Ziel vor Augen haben: Sozialen Missständen Einhalt zu gebieten. Hundertprozent e.V. ist eine Spendenplattform, die gegenwärtig fünf Projekte betreut:

- Unterstützung des Ambulanten Kinderhospiz in Schwäbisch Hall
- Kinderpatenschaften in Haiti
- Unterstützung von gesellschaftlich benachteiligten Kinder und Jugendlichen in Berlin
- Betreuung von Kindern und Jugendlichen im südafrikanischen Soweto
- Internationale Mikrokredite

Dieses Engagement sollte von jedem unterstützt werden! Nähere Informationen finden Sie unter:

www.hundertprozent.org
HUNDERTPROZENT



MARTIN SCHULZ

FÜR ZUSAMMENHALT.
GEGEN HETZE.
JETZT IN DIE SPD
eintreten.spd.de

DAFÜR TRETE
ICH EIN



Besserer Schutz durch Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit?

von Günther Herz

Das neue Gesetz ist seit 01.04.2017 in Kraft. Wie es sich tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt auswirkt, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend betrachtet werden. Jedoch sind schon jetzt Schwachpunkte zu erkennen, die insbesondere von Unternehmen ohne Betriebsrat schamlos ausgenutzt werden können.

Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass die SPD keinen ideologischen Kampf gegen die Zeitarbeitsunternehmen führt. Werkverträge und Arbeitnehmerüberlassung machen unsere Wirtschaft flexibler. Sie sichern damit Arbeitsplätze und sie schaffen zugleich auf Zeit zusätzliche Arbeit. Genauso klar muss aber sein, dass da, wo sie missbräuchlich genutzt werden, um Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne zu machen, wo sie Stammarbeitsplätze gefährden, da müssen eindeutig Grenzen gesetzt werden.

Die wichtigste Neuerung ist die gesetzliche Regelung zum „Equal Pay“ nach neun Monaten. Diese Regelung trifft zumindest für die Unternehmen zu, die tariflich gebunden sind. Schon die Unternehmen, die nur in Anlehnung an einen Tarifvertrag bezahlen, können jedoch aufgrund nicht bestehender Regelungen erheblich hiervon abweichen.

Die zweite Neuerung ist die Einführung einer Überlassungsdauer von maximal 18 Monaten. Damit müssen Leiharbeitnehmer*innen nach 18 Monaten, wenn sie weiterhin im gleichen Entleihbetrieb arbeiten sollen, von diesem übernommen werden. Geschieht dies nicht, so müssen sie aus diesem Entleihbetrieb abgezogen werden.

Wohl bemerkt: Nur von diesem Betrieb. So kann es sein, dass er im nächsten Betrieb auch 18 Monate seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen „darf“ und so Zeit seines Lebens nur jeweils 18 Monate in vielen Betrieben verbringt, ohne jemals eine Festanstellung gehabt zu haben. Was dies für die Lebensplanung für den Betroffenen bedeutet, mag hier nicht kommentiert werden.

Auch dürfen entlehene Arbeitnehmer*innen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. Der Einsatz dieser Kräfte ist künftig nur möglich, wenn sichergestellt ist, dass diese nicht Tätigkeiten von Streikenden übernehmen müssen.

Viele Probleme wurden mittlerweile in den Bereich der teilweise missbräuchlich genutzten Werkverträge verlagert. Dem schiebt der Gesetzgeber nun einen Riegel vor. Insbesondere durch die Offenlegung der Arbeitnehmerüberlassung und die Abschaffung der Vorratsverleiherlaubnis. Damit wird es den Unternehmen erschwert, über die Werkverträge verdeckte Arbeitnehmerüberlassung zu betreiben. Bei Zuwiderhandlungen werden Bußgelder ausgesprochen. Doch die Überwachung ist nur eingeschränkt möglich. Einzig dort, wo es einen Betriebs- oder Personalrat gibt, ist die Offenlegung der Firmen gegenüber der Personalvertretung Pflicht.

Die Anzahl von Leiharbeiter*innen ist nach wie vor im Steigen. Im Jahreschnitt waren 2016 knapp eine Million Menschen in Leiharbeit beschäftigt. Das sind 2,6 % der Gesamtbeschäftigten in der Bundesrepublik. Dabei stieg auch der Anteil ausländischer Staatsbürger deutlich. Jeder Vierte ist Ausländer, deren Anteil an der Gesamtbeschäftigung beträgt bundesweit jedoch nur 10 Prozent. Hier liegen Problematik und Chance dieser Menschen zugleich. Zum einen kann Zeitarbeit ein guter Start für die Integration in die Gesellschaft sein, in dem sie einen Dauerarbeitsplatz bekommen können. Zum anderen aber auch Hemmschuh, weil wenig Interesse an der sprachlichen und beruflichen Weiterbildung für diese besteht. Hier muss die Agentur für Arbeit mehr eingebunden werden, indem sie zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt bekommt und somit wieder mehr Mitgestalter der Integration von ausländischen Arbeitnehmern werden kann.

Man wird sehr genau beobachten müssen, ob sich die Situation durch die neue Gesetzgebung auf dem sogenannten „prekären Arbeitsmarkt“ dadurch verbessern wird. Sollte es hierzu nicht oder nur im geringen Umfang kommen, ist zu überlegen, ob man nicht eine Obergrenze (max. 10 Prozent.) für Unternehmen, die Zeitarbeitnehmer beschäftigen, festsetzen sollte.

Europa der Krisen

von Gernot Mitsch

Zu einer Generation zu gehören, die keinen Krieg, keine wirkliche Not, sondern Wirtschaftswunder, Aufschwung, kulturelle Vielfalt und nur Frieden erlebt hat, ist ein Glück, das ich mit vielen aus der ersten Nachkriegsgeneration teile. Genug Gründe für mich, für die Europäische Union zu sein, zu hoffen, dass die Krisen bald ein Ende finden und unsere Kinder in einem friedlichen und ökonomisch starken Europa leben werden. Viele aus meiner Generation teilen diese Sichtweise.

Warum denken aber viele in Italien, Spanien, Griechenland und anderswo ganz anders über Europa? Wissen wir wirklich warum? Machen wir uns die Mühe, den Gründen nachzugehen? Ist das Europa der Abgehängten eine unsinnige Erfindung? Warum sind Merkel und Schäuble in manchen Ländern so unbeliebt? Warum dauert die Eurokrise so lange: Und wer sind die Profiteure davon? Der Fragenkatalog lässt sich fortsetzen. Die Politik wurstelt weiter und bereitet Zündern und „Nationalismus“ predigenden Rechtspopulisten das Feld. Der Versuch einfache und schnelle Lösungen anzubieten ist Augenwischerei. Zurück zum Nationalismus ist die Rückkehr ins 19. Jahrhundert mit noch ganz anderen Krisen.

„Pulse of Europe“ Ist ein zartes Pflänzchen, zart und überparteilich! Immerhin ein Anfang, der Hoffnung macht! Diese Bewegung wünsche ich mir groß und stark. Sie muss Forderungen formulieren, kreatives Nachdenken provozieren und den optimistischen Glauben an ein Europa der Solidarität erhalten und weitertragen.





Europa – nur etwas für Optimisten?

Gernot Mitsch und MdEP Evelyne Gebhardt

Die EU ist in die Jahre gekommen. Betrachtet man ihre Entwicklung bis heute, kann man dann von einer Erfolgsgeschichte sprechen?

Ja, auf jeden Fall! Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte. Nach zwei Weltkriegen und nach Jahrhunderten schlimmster kriegerischer Auseinandersetzungen leben wir heute in Frieden. Dies ist das Resultat der europäischen Einigung. Dass einstmals verfeindete Völker heute unter dem Dach der Europäischen Union versöhnt zusammenleben, sucht in der Menschheitsgeschichte seines Gleichen.

Du bist seit weit über 20 Jahren Mitglied des EU-Parlaments und seit kurzem dessen stellvertretende Präsidentin. Welche Ängste, welche Hoffnungen bestimmen Deine Gefühle für Europa ganz persönlich?

Das Vertrauen in Europa hat massiv gelitten. Die EU wird oft als technokratisch, markt-orientiert und bürgerfern wahrgenommen. Deshalb gilt es, das Projekt des vereinten Europas als Garant von Frieden, Sicherheit und einer besseren Zukunft mit neuem Leben zu füllen. Zur Lösung der aktuellen Probleme brauchen wir eben nicht weniger Europa, sondern mehr Europa. Den größten Entwicklungsbedarf sehe ich in Sozialpolitik und Außenpolitik. Hier brauchen wir eine gemeinsame Politik auf europäischer Ebene und eben weniger nationale Alleingänge.

Was ist Deine persönliche Vision von Europa?

Meine persönliche Vision sind die Vereinigten Staaten von Europa: rechtsstaatlich, demokratisch und bürgernah. Die Vereinigten Staaten von Europa schützen und fördern die kulturelle Vielfalt als Basis der europäischen Identität. Die Vereinigten Staaten von Europa sind aufgrund von Steuereinnahmen und einem eigenen Haushalt handlungsfähig. Das Parlament wird von allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern einheitlich und direkt gewählt. Es wählt die Regierung und verfügt, wie der Rat als Vertretung der Mitgliedsstaaten, über das Recht zur Gesetzesinitiative. Hinzu kommen Elemente der direkten Demokratie und eine breite Bürgerbeteiligung.

Der Brexit beschädigt die europäische Idee. Wie weh tut er und wie kann es weiterhin eine gemeinsame Basis mit Großbritannien geben?

*„Brexit hin oder her – Ich werde immer Europäerin bleiben“, so äußerte sich eine britische Fraktionskollegin am Tag der Beantragung des Austritts. Die emotionalen Reaktionen unserer Labour-Kollegen ließen uns natürlich nicht kalt. Nun läuft eine zweijährige Frist zur Aushandlung des Austrittsvertrages. Er wird die Grundlage der zukünftigen Beziehungen des Vereinigten Königreiches und der EU bilden. Hier muss konsequent verhandelt werden. „Rosinenpickerei“ für die Briten darf es nicht geben. Versprechungen der Brexit-Befürworter, man könne z.B. am EU-Binnenmarkt teilnehmen ohne gleichzeitig die Grundfreiheiten der Bürger*innen zu achten, sind eine Illusion und kommen nicht in Frage.*

Die jungen Briten haben übrigens mit großer Mehrheit gegen den Brexit gestimmt. Diese Generation sieht ihre Zukunft in Europa.



Umso härter treffen sie nun die Folgen der Abstimmung. Womöglich findet wieder eine Annäherung an die EU statt, wenn diese Generation einmal politische Verantwortung übernimmt.

Auch die innenpolitischen Folgen auf den Inseln sind noch nicht absehbar. Letztendlich zeigt die aktuelle Debatte allen Europäern, welche Vorteile die EU-Mitgliedschaft für einen Staat bringt und dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeit sind.

Nun ist England nicht die einzige traurige Entwicklung. Wie die Wahlen in Frankreich ausgehen, weiß niemand. Rechtspopulisten wie Le Pen, Orban, AfDler, u.a. schüren die Stimmung gegen Europa und sind dabei auch nicht zimperlich. Wie können bzw. müssen überzeugte Europäer mit deren Zielen umgehen?

Wir überzeugten Europäer dürfen in der aktuellen Diskussion nicht den Europa-Feinden das Feld überlassen, sondern müssen unsere Ideen, unsere Werte und und die Vision eines vereinten Europas stärker denn je nach außen tragen und offensiv kommunizieren.

Lange Zeit dachten viele, Nationalismus und Krieg könnten Tabus in Europa werden. Aber da gibt es den Zünder Putin, dessen Aktivitäten in Südosteuropa die dortigen Beitrittskandidaten verunsichern. Hier stellt sich die Frage: muss nicht mehr für eine glaubwürdige EU-Perspektive auf dem Balkan getan werden?

„Europas Zukunft entscheidet sich am Balkan“ – was schon im 20. Jahrhundert galt, ist heute aktueller denn je. In den vergangenen Jahren haben die Beitrittskandidaten große Schritte gemacht. Es steht aber noch viel Reformarbeit an. Ein überhasteter Beitritt hilft aber weder den Balkanstaaten noch der EU angesichts ihrer aktuellen Herausforderungen. Wichtiger ist, dass die EU zunächst die weitere Konsolidierung in den Staaten stärker unterstützt und ihnen so eine klare und ehrliche Perspektive bietet. Hierdurch würde die EU ein klares Signal nach außen senden, dass sie diese Region nicht aufgibt. Denn sie ist ein zentraler Teil Europas.

Dann ist da noch das überschuldete Griechenland. Handelt die EU hier solidarisch genug?

Die sozialdemokratische Fraktion im Parlament befürwortet seit Beginn der Krise eine Lösungsstrategie, die sowohl wirtschaftliche als auch soziale Probleme zu lindern versucht. Die notwendigen Eingriffe dürfen nicht, wie bislang oft geschehen, soziale Nöte ausblenden. Um einen nachhaltigen Kurs einschlagen zu können, muss im Gegenzug für fortgesetzte Reformen auch die griechische Schuldenlast reduziert werden. Ein Brexit hingegen brächte die gesamte EU nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in größte Turbulenzen.

Bleibt die Türkei aus Deiner Sicht nach den Vorkommnissen in der letzten Zeit ein EU-Beitrittskandidat?

Die Entwicklungen in der letzten Zeit verfolge ich mit großer Sorge. Wenn die Türkei den von ihrem Präsidenten eingeschlagenen Weg fortsetzt, schwindet die Perspektive für einen EU-Beitritt. Sollten dort Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weiter beschnitten werden, so muss die EU ihre Beziehungen mit der Türkei neu ausrichten. Dies sind wir unserer eigenen Glaubwürdigkeit als Wertegemeinschaft schuldig.

Es wurde Zeit für eine europäische Bewegung. „Pulse of Europe“ ist eine. Wie betrachtest Du die Bewegung und ihre Aktivitäten?

Ich freue mich sehr, dass Menschen ganz bewusst auf die Straße gehen und für Europa Flagge zeigen. Insbesondere junge Menschen sind dabei. Sie sehen, dass in der EU nicht alles perfekt ist. Aber ihre Antwort darauf ist eben nicht, die europäische Idee aufzugeben, sondern ein besseres Europa zu schaffen!

Eine europäische Bewegung existiert bereits seit Jahrzehnten. Dem 1949 gegründeten Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland e.V. gehören 248 Mitgliedsorganisationen an. Eine davon ist die Europa-Union Deutschland e.V., deren Landesvorsitzende ich bin. Diese ist Deutschlands größte Bürgerinitiative für ein vereintes Europa. Sie ist überparteilich und politisch unabhängig organisiert und in mehr als 30 europäischen Ländern vernetzt.

Wünschenswert wäre, dass sich die Begeisterung der Straße und die Aktivitäten in Sozialen Medien für Europa auch in verstärktem Engagement für Organisationen oder Parteien niederschlagen. Dies brächte einerseits frischen Wind und andererseits den motivierten Aktiven die Möglichkeit, ihre Ideen zu kanalisieren und in die politischen Prozesse einspeisen zu können.

Gibt es die Idee einer europäischen Verfassung noch oder ist sie im Orkus verschwunden?

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union vom Staatenverbund zu einer echten politischen Union mit einer Verfassung ist für mich ein langfristiges Ziel. Viele wichtige Punkte der geplanten europäischen Verfassung wurden nach deren Scheitern bereits im Vertrag von Lissabon umgesetzt.

Du bist seit kurzem stellvertretende Präsidentin des EU-Parlaments. Wie müssen wir uns Deine tägliche Arbeit vorstellen?

Der Kalender des Europäischen Parlamentes weist über 40 Sitzungswochen auf. Dies sind zum einen Wochen, in denen die Parlamentsausschüsse und Fraktionen in Brüssel tagen, zum anderen so genannte Plenarwochen. Letztere finden mindestens zwölfmal im Jahr in Straßburg statt. Die restlichen Wochen sind für die örtliche Arbeit vorgesehen. Diese erstreckt sich auf ganz Baden-Württemberg.

Als Vizepräsidentin vertrate ich den Präsidenten des Europäischen Parlamentes bei der Ausübung seiner Pflichten, einschließlich der Leitung der Plenarsitzungen. Jeder hat unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche, bei mir sind dies u.a.: Informatik/Telekommunikation, Maßnahmen und Strategien im Bereich Sicherheit, Vermittlungsverfahren, wie auch die Gleichstellung der Geschlechter und der Vielfalt.



BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):

EINTRETEN.SP.DE

ANTRAG: MITGLIED GASTMITGLIED

HERR FRAU

VORNAME

NAME

GEBURTSdatum Tag Monat Jahr

STAATSBÜRGERSCHAFT

DEUTSCH EU-BÜRGER/IN NICHT EU-BÜRGER/IN

STR./HAUSNR.

Hauptwohnsitz

PLZ/ORT

E-MAIL

TELEFON

BERUF

BESCHÄFTIGT BEI

BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISS

- ANGESTELLTE/R
- HAUSFRAU/-MANN
- LANDWIRT/IN
- ARBEITER/IN
- BEAMTIN/BEAMTER
- BERUFSSOLDAT/IN
- SELBSTSTÄNDIGE/R
- AUSZUBILDENDE/R
- LEITENDE/R ANGESTELLTE/R
- SCHÜLER/IN BZW. STUDENT/IN
- RENTNER/IN BZW. PENSIONÄR/IN
- ARBEITSSUCHEND
- ANDERES

BEITRAGSTABELLE

Monats-Nettoeinkommen	Monats-Beiträge
bis 1.000 €	5,00 €
bis 2.000 €	7,50/15,00/20,00 €
bis 3.000 €	25,00/30,00/35,00 €
bis 4.000 €	45,00/60,00/75,00 €
ab 4.000 €	100,00/150,00/250,00 € und mehr

Jedes Mitglied stuft sich in der zutreffenden Einkommensgruppe selbst ein. Für Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, ohne Pensionen bzw. Renteneinkünfte oder ohne vergleichbare Einkommen beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Wer Lohn-/Einkommensteuern zahlt, kann bis zur Hälfte des Mitgliedsbeitrags und der Spenden über die Steuererklärung zurückbekommen. Denn bis zu einer Gesamthöhe von 1.650 € (3.300 € bei gemeinsam veranlagten Paaren) werden Beiträge und Spenden an politische Parteien zu 50 % direkt von der Einkommensteuer abgezogen. Bis zu weiteren 1.650 € bzw. 3.300 € können vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden (§§ 34 g und 10 b EStG).

Frühere Parteimitgliedschaft in der SPD von/bis; Gewerkschaft/andere Vereine

Ort, Datum und Unterschrift

Name und Anschrift des Werbers/der Werberin

SEPA-LASTSCHRIFTMANDAT: Ich ermächtige die SPD, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der SPD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-Identifikationsnummer und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt.)

VORNAME/NAME

MEIN KREDITINSTITUT BIC acht Stellen oder elf Stellen

MEINE IBAN DE

BEITRAG PRO MONAT €

GASTMITGLIED €

EINZUGSRHYTHMUS

- VIERTELJÄHRLICH JÄHRLICH
- HALBJÄHRLICH

Ort, Datum und Unterschrift KontoinhaberIn/Kontoinhaber

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Referat Mitgliederwerbung
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend der Datenschutzgesetze und der Datenschutzrichtlinie der SPD ausschließlich für die Parteiarbeit insbesondere zum Zwecke der Mitgliederverwaltung, der Mitgliederinformation, der Mitgliederbetreuung und -bindung (z. B. SPD-Card) sowie des Beitragseinzugs im erforderlichen Umfang – auch durch Datenträgeraustausch – mithilfe von Computern (automatisiert) elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ich bin damit einverstanden, Ich bin nicht damit einverstanden, (Zutreffendes bitte ankreuzen)

dass meine Kontaktdaten (Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse) an die örtlichen SPD-Abgeordneten (MdB, MdL, MdEP, SPD-Gemeindefraktion) sowie an die Friedrich-Ebert-Stiftung (Hiroshimastraße 7, 10785 Berlin) für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial weitergegeben werden können. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ort, Datum und Unterschrift